

Beschlussvorlage	Datum: 20.11.2015
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	
Änderung Gesellschaftsvertrag der Volkstheater Rostock GmbH	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
15.12.2015	Hauptausschuss
07.01.2016	Kulturausschuss
20.01.2016	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Änderungen zum Gesellschaftsvertrag der Volkstheater Rostock GmbH in den §§ 5,7,17 und 22.

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 3 Punkt 6 und 10 Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg - Vorpommern

bereits gefasste Beschlüsse:

Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2015/BV/719 vom 03.06.2015

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock hat mit Beschluss Nr.2015/BV/0719 vom 03.06.2015 eine Änderung des Gesellschaftsvertrages der Volkstheater Rostock GmbH beschlossen.

Die Änderungen bezogenen sich im Wesentlichen auf die Übernahme der Vorgaben der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die Regelungen, die für den Status der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft erforderlich sind, wurden bei dieser Fassung aus dem bestehenden Gesellschaftsvertrag unverändert übernommen.

Nach der Beschlussfassung der Bürgerschaft wurde festgestellt, dass durch die Änderung der Abgabenordnung und des Anwendungserlasses zur AO insbesondere der Bezug auf die in § 5 Nr. 5 und 6 des Gesellschaftsvertrages enthaltenen Paragraphen der Abgabenordnung nicht mehr gegeben ist. So wurden § 58 Nr. 6 und § 58 Nr. 7 b AO mit Wirkung zum 31.12.2013 aufgehoben und an anderer Stelle der Abgabenordnung neu geregelt.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung die notarielle Beurkundung der von der Bürgerschaft mit o.g. Beschluss festgelegten Änderungen noch nicht umgesetzt und zur Absicherung der Gemeinnützigkeit der VTR GmbH die steuerliche Anpassung des Vertrages vorbereitet. Die steuerliche Anpassung des Gesellschaftsvertrages ist in den am 03.06.2015

von der Bürgerschaft beschlossenen Gesellschaftsvertrag eingearbeitet worden.

Das Finanzamt Rostock hat den steuerlich angepassten Entwurf zum Gesellschaftsvertrag geprüft. Die Behörde hat mit Schreiben vom 11.11.2015 ihre Auffassung zu den übergebenen Unterlagen mitgeteilt. Die in dem Schreiben gegebenen Hinweise sind in der jetzt vorliegenden Beschlussfassung eingearbeitet.

Die aus steuerlichen Gründen notwendigen Änderungen sind in den Anlagen rot markiert.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:
kein Bezug zum Haushaltssicherungskonzept

Roland Methling

Anlage/n:

- Gesellschaftsvertrag laut Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2015/BV/0719 mit den eingefügten steuerlichen Änderungsvorschlägen
- Synopse zur Vertragsänderung

Synopse Anpassung Gesellschaftsvertrag der Volkstheater Rostock GmbH an die geänderte Abgabenordnung

Änderungsnotwendigkeit durch Abgabenordnung	Fassung gem. Bürgerschaftsbeschluss 03.06.2015	Fassung Änderungsentwurf 19.11.2015
	<p style="text-align: center;">§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p>Die Gesellschaft führt die Firma</p> <p style="text-align: center;">Volkstheater Rostock GmbH.</p> <p>Sitz der Gesellschaft ist Rostock</p>	<p style="text-align: center;">§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft</p> <p>Die Gesellschaft führt die Firma</p> <p style="text-align: center;">Volkstheater Rostock GmbH.</p> <p>Sitz der Gesellschaft ist Rostock</p>
	<p style="text-align: center;">§ 2 Gegenstand der Gesellschaft</p> <p>1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft dient der Förderung von Kunst und Kultur im Sinne des Artikels 16 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.</p> <p>2. Gesellschaftszweck ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters sowie die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater sowie die Darbietung von Konzerten. Es soll durch künstlerisch wertvolle Theatervorstellungen und Konzerte volksbildend wirken und das Verständnis breiter Bevölkerungsschichten für die Theater- und Musikkultur wecken und</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Gegenstand der Gesellschaft</p> <p>1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft dient der Förderung von Kunst und Kultur im Sinne des Artikels 16 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.</p> <p>2. Gesellschaftszweck ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters sowie die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater sowie die Darbietung von Konzerten. Es soll durch künstlerisch wertvolle Theatervorstellungen und Konzerte volksbildend wirken und das Verständnis breiter Bevölkerungsschichten für die Theater- und Musikkultur wecken und</p>

	<p>vertiefen.</p> <p>3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet sind den öffentlichen Zweck des Unternehmens unmittelbar zu fördern, insbesondere der Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen des Unternehmensgegenstandes dienen.</p>	<p>vertiefen.</p> <p>3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet sind den öffentlichen Zweck des Unternehmens unmittelbar zu fördern, insbesondere der Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen des Unternehmensgegenstandes dienen.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p>1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt</p> <p style="text-align: center;">25.000,00 €</p> <p>(in Worten fünfundzwanzigtausend Euro).</p> <p>2. Die Hansestadt Rostock übernimmt eine Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 €. Die Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen und sofort in voller Höhe einzuzahlen.</p> <p>3. Es ist beabsichtigt, weitere Gesellschafterinnen oder Gesellschafter in die Gesellschaft aufzunehmen. Über die Aufnahme weiterer Gesellschafterinnen oder Gesellschafter entscheidet die Gesellschafterversammlung.</p> <p>4. Mehrere Gesellschaftsanteile einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters können, sobald sie voll eingezahlt sind und eine Nachschusspflicht nicht besteht, mit</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p>1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt</p> <p style="text-align: center;">25.000,00 €</p> <p>(in Worten fünfundzwanzigtausend Euro).</p> <p>2. Die Hansestadt Rostock übernimmt eine Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 €. Die Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen und sofort in voller Höhe einzuzahlen.</p> <p>3. Es ist beabsichtigt, weitere Gesellschafterinnen oder Gesellschafter in die Gesellschaft aufzunehmen. Über die Aufnahme weiterer Gesellschafterinnen oder Gesellschafter entscheidet die Gesellschafterversammlung.</p> <p>4. Mehrere Gesellschaftsanteile einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters können, sobald sie voll eingezahlt sind und eine Nachschusspflicht nicht besteht, mit</p>

	Zustimmung des betroffenen Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss zu einem Geschäftsanteil zusammengelegt werden.	Zustimmung des betroffenen Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss zu einem Geschäftsanteil zusammengelegt werden.
	<p style="text-align: center;">§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt. 2. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr ab dem Jahr 2012. Für die Zeit vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 wird ein Rumpfgeschäftsjahr gebildet. 	<p style="text-align: center;">§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt. 2. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr ab dem Jahr 2012. Für die Zeit vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 wird ein Rumpfgeschäftsjahr gebildet.
Die Regelung ist entsprechend der Anpassung der Mustersatzung der Finanzverwaltung zu ergänzen.	<p style="text-align: center;">§ 5 Selbstlosigkeit, Begünstigungsverbot</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. 2. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Der Gesellschafter erhält keine Gewinnanteile – weder in offener noch in verdeckter Form – und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch keine anderen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. 3. Bei seinem Ausscheiden erhält die Gesellschafterin oder der Gesellschafter nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile 	<p style="text-align: center;">§ 5 Selbstlosigkeit, Begünstigungsverbot</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. 2. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Der Gesellschafter erhält keine Gewinnanteile – weder in offener noch in verdeckter Form – und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch keine anderen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. 3. Bei seinem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerlicher Zwecke erhält die Gesellschafterin oder der

<p>Die Regelungen zur Rücklagen und Vermögensbindung sind zur besseren Übersichtlichkeit und zur Verdeutlichung aus § 58 AO herausgelöst worden und in § 62 AO neu verankert.</p> <p>Ausdrücklich geregelt wurde die Möglichkeit der Rücklagenbildung zur Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern.</p> <p>Zudem wurde die Möglichkeit zur Bildung freier Rücklagen in § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO eingeräumt.</p> <p>Die bisher in § 58 Nr. 7 Buchst. b AO der alten Fassung geregelte Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten ist jetzt in § 62 Abs. 1 Nr. 4 AO enthalten. Die mit</p>	<p>bzw. den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.</p> <p>4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Gesellschaftszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.</p> <p>5. Die Gesellschaft darf ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, soweit dies erforderlich ist, um ihre steuerbegünstigten Zwecke zu erfüllen (§ 58 Nr. 6 AO).</p> <p>6. Soweit die Gesellschaft an Kapitalgesellschaften beteiligt ist, kann sie ihre Erträge und Zuwendungen in den Grenzen des § 58 Nr. 7 b AO und im</p>	<p>Gesellschafter nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.</p> <p>4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Gesellschaftszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.</p> <p>5. Die Gesellschaft darf ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, soweit dies erforderlich ist, um ihre steuerbegünstigten, satzungsmäßigen Zwecke nachhaltig zu erfüllen (§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO).</p> <p>6. Die Gesellschaft darf ihre Mittel im Rahmen der gesetzlich zulässigen Höhe einer Rücklage für die beabsichtigte Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern zuführen (§ 62 Abs. 1 Nr. 2 AO)</p> <p>7. Die Gesellschaft darf ihre Mittel im Rahmen der gesetzlich zulässigen Höhe einer freien Rücklage zuführen (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO)</p> <p>8. Soweit die Gesellschaft an Kapitalgesellschaften beteiligt ist, kann sie gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 4 AO ihre Mittel einer Rücklage zum Erwerb von</p>
---	---	---

der Änderung verbundene Klarstellung führt zu einer konkreteren Formulierung im Gesellschaftsvertrag.	Rahmen der Zweckbestimmung der Zuwendungen auch zur Erhaltung ihrer Beteiligungsquote an Kapitalgesellschaften einsetzen.	Gesellschaftsrechten zur Erhaltung der prozentualen Beteiligung an Kapitalgesellschaften zuführen, wobei die Höhe dieser Rücklage die Höhe der Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO mindert.
	<p style="text-align: center;">§ 6 Übertragung von Geschäftsanteilen, Kündigung des Gesellschaftervertrages und Auflösung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dieser Gesellschaftervertrag kann von jeder Gesellschafterin oder jedem Gesellschafter mit einer Frist von 24 Monaten jeweils zum 31. Juli des Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31. Juli 2012, gekündigt werden. Die Kündigung hat sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch den anderen Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern gegenüber durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. 2. Kündigt eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter, so ist sie/er verpflichtet, ihren/seinen Geschäftsanteil auf eine(n) oder mehrere der verbleibenden Gesellschafterinnen oder Gesellschafter oder auf eine(n) von diesen benannten Dritten zu übertragen. Das Abtretungsentgelt beschränkt sich auf die Rückerstattung des eingezahlten Kapitalanteils. 3. Die Verfügung über Geschäftsanteile oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von 	<p style="text-align: center;">§ 6 Übertragung von Geschäftsanteilen, Kündigung des Gesellschaftervertrages und Auflösung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dieser Gesellschaftervertrag kann von jeder Gesellschafterin oder jedem Gesellschafter mit einer Frist von 24 Monaten jeweils zum 31. Juli des Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31. Juli 2012, gekündigt werden. Die Kündigung hat sowohl gegenüber der Gesellschaft als auch den anderen Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern gegenüber durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. 2. Kündigt eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter, so ist sie/er verpflichtet, ihren/seinen Geschäftsanteil auf eine(n) oder mehrere der verbleibenden Gesellschafterinnen oder Gesellschafter oder auf eine(n) von diesen benannten Dritten zu übertragen. Das Abtretungsentgelt beschränkt sich auf die Rückerstattung des eingezahlten Kapitalanteils. 3. Die Verfügung über Geschäftsanteile oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von

	<p>Teilen von solchen bedarf der schriftlichen Einwilligung durch die Gesellschafterversammlung.</p> <p>4. Im Falle der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu.</p> <p>5. Für die Auflösung und die Abwicklung der Geschäfte der Gesellschaft gelten die gesetzlichen Bestimmungen und die Regelungen dieses Vertrages.</p>	<p>Teilen von solchen bedarf der schriftlichen Einwilligung durch die Gesellschafterversammlung.</p> <p>4. Im Falle der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu.</p> <p>5. Für die Auflösung und die Abwicklung der Geschäfte der Gesellschaft gelten die gesetzlichen Bestimmungen und die Regelungen dieses Vertrages.</p>
<p>Die Regelung in § 7 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag wiederholt den Inhalt des (bisher unvollständigen § 5 Abs. 3 Gesellschaftsvertrages) Die beiden Absätze des § 7 sollten deshalb zusammengefasst werden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Vermögensbindung/Vermögensanfall</p> <p>1. Bei der Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke können nur die eingezahlten Kapitalanteile und der gemeine Wert der von der Gesellschafterin oder dem Gesellschafter geleisteten Sacheinlagen gemäß § 55 Abs. 1 Nr. 4 AO zurückgezahlt werden.</p> <p>2. Soweit das Gesellschaftsvermögen die eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von der Gesellschafterin oder dem Gesellschafter geleisteten Sacheinlage übersteigt, fällt es der Hansestadt Rostock zur unmittelbaren und ausschließlichen Verwendung für deren steuerbegünstigten Zwecke zu.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Vermögensbindung/Vermögensanfall</p> <p>Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft, soweit es die von der Gesellschafterin oder dem Gesellschafter eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlage übersteigt, an die Hansestadt Rostock, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.</p>

	<p style="text-align: center;">§ 8 Liquidation</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung und wird von der Geschäftsführung durchgeführt. Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung kann die Liquidation auch auf andere Personen übertragen werden. 2. Durch Gesellschafterbeschluss kann allen oder einzelnen Liquidatorinnen oder Liquidatoren Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Durch Gesellschafterbeschluss können alle oder einzelne Liquidatorinnen oder Liquidatoren von den Beschränkungen des § 181 BGB ganz oder teilweise befreit werden. 	<p style="text-align: center;">§ 8 Liquidation</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung und wird von der Geschäftsführung durchgeführt. Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung kann die Liquidation auch auf andere Personen übertragen werden. 2. Durch Gesellschafterbeschluss kann allen oder einzelnen Liquidatorinnen oder Liquidatoren Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Durch Gesellschafterbeschluss können alle oder einzelne Liquidatorinnen oder Liquidatoren von den Beschränkungen des § 181 BGB ganz oder teilweise befreit werden.
	<p style="text-align: center;">§ 9 Finanzierung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Die Gesellschaft erhält von den Gesellschafterinnen oder den Gesellschaftern einen jährlich festzulegenden Zuschuss als Verlustausgleich. Darüber hinaus leitet die Hansestadt Rostock Mittel, die ihr das Land für Theaterbetriebe zur Verfügung stellt (z. B. im Wege des Vorwegabzugs nach § 10c FAG), an die Gesellschaft weiter. 2 Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter besteht nicht. 	<p style="text-align: center;">§ 9 Finanzierung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft erhält von den Gesellschafterinnen oder den Gesellschaftern einen jährlich festzulegenden Zuschuss als Verlustausgleich. Darüber hinaus leitet die Hansestadt Rostock Mittel, die ihr das Land für Theaterbetriebe zur Verfügung stellt (z. B. im Wege des Vorwegabzugs nach § 10c FAG), an die Gesellschaft weiter. 2. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter besteht nicht.

	<p style="text-align: center;">§ 10 Organe der Gesellschaft</p> <p>Organe der Gesellschaft sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Die Geschäftsführerin oder die Geschäftsführerinnen; der oder die Geschäftsführer (Geschäftsführung) b) der Aufsichtsrat c) die Gesellschafterversammlung. 	<p style="text-align: center;">§ 10 Organe der Gesellschaft</p> <p>Organe der Gesellschaft sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Die Geschäftsführerin oder die Geschäftsführerinnen; der oder die Geschäftsführer (Geschäftsführung) b) der Aufsichtsrat c) die Gesellschafterversammlung.
	<p style="text-align: center;">§ 11 Geschäftsführung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft hat eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer. 2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung bestellt, wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann jederzeit, unbeschadet etwaiger Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen, von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden. 3. Hauptamtliche Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden auf die Dauer der Bestellung (Abs. 2) angestellt. Für die Festsetzung der Bezüge und die Gewährung 	<p style="text-align: center;">§ 11 Geschäftsführung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft hat eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer. 2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung bestellt, wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann jederzeit, unbeschadet etwaiger Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen, von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden. 3. Hauptamtliche Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden auf die Dauer der Bestellung (Abs. 2) angestellt. Für die Festsetzung der Bezüge und die Gewährung

	von Krediten finden die §§ 87 und 89 Aktiengesetz Anwendung.	von Krediten finden die §§ 87 und 89 Aktiengesetz Anwendung.
	<p style="text-align: center;">§ 12 Aufgaben der Geschäftsführung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Geschäftsführung ist in besonderer Weise dem Gesellschaftszweck verpflichtet. 2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz, Gesellschaftervertrag und Geschäftsordnung. 3. Den Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern gegenüber vertritt die Gesellschafterversammlung die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. 4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer nehmen grundsätzlich an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil und berichten über die Angelegenheiten der Gesellschaft, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt im Einzelfall ihre Nichtteilnahme. Hinsichtlich der Berichtspflichten der Geschäftsführung finden die Vorschriften des § 90 Aktiengesetz Anwendung. 5. Den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern ist vierteljährlich über die Entwicklung des Unternehmens schriftlich durch die Geschäftsführung zu berichten. 	<p style="text-align: center;">§ 12 Aufgaben der Geschäftsführung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Geschäftsführung ist in besonderer Weise dem Gesellschaftszweck verpflichtet. 2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz, Gesellschaftervertrag und Geschäftsordnung. 3. Den Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern gegenüber vertritt die Gesellschafterversammlung die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. 4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer nehmen grundsätzlich an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil und berichten über die Angelegenheiten der Gesellschaft, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt im Einzelfall ihre Nichtteilnahme. Hinsichtlich der Berichtspflichten der Geschäftsführung finden die Vorschriften des § 90 Aktiengesetz Anwendung. 5. Den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern ist vierteljährlich über die Entwicklung des Unternehmens schriftlich durch die Geschäftsführung zu berichten.

	<p>Ihnen sind auf Anforderung alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung der sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergebenden Verpflichtungen benötigen. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung die Gesellschafterinnen oder Gesellschafter aus sonstigen wichtigen Anlässen rechtzeitig zu informieren. Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer, die ihre Obliegenheiten verletzen, sind der Gesellschaft zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens als Gesamtschuldner verpflichtet.</p> <p>6. Die Geschäftsführung hat den Mitgliedern des Aufsichtsrates auf Verlangen jederzeit Auskunft zu erteilen sowie Einsicht in die Unterlagen der Gesellschaft zu gewähren. Die verlangte Auskunft erhalten alle Mitglieder des Aufsichtsrates.</p> <p>7. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Public Corporate Governance Kodex für die Hansestadt Rostock umzusetzen.</p>	<p>Ihnen sind auf Anforderung alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung der sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergebenden Verpflichtungen benötigen. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung die Gesellschafterinnen oder Gesellschafter aus sonstigen wichtigen Anlässen rechtzeitig zu informieren. Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer, die ihre Obliegenheiten verletzen, sind der Gesellschaft zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens als Gesamtschuldner verpflichtet.</p> <p>6. Die Geschäftsführung hat den Mitgliedern des Aufsichtsrates auf Verlangen jederzeit Auskunft zu erteilen sowie Einsicht in die Unterlagen der Gesellschaft zu gewähren. Die verlangte Auskunft erhalten alle Mitglieder des Aufsichtsrates.</p> <p>7. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Public Corporate Governance Kodex für die Hansestadt Rostock umzusetzen.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 13 Vertretung</p> <p>1. Ist nur eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer bestellt, vertritt diese(r) die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei oder durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einer</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Vertretung</p> <p>1. Ist nur eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer bestellt, vertritt diese(r) die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei oder durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einer</p>

	<p>Prokuristin oder einem Prokuristen vertreten.</p> <p>2. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jedoch allen, mehreren oder einzelnen Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.</p>	<p>Prokuristin oder einem Prokuristen vertreten.</p> <p>2. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jedoch allen, mehreren oder einzelnen Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 14 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit</p> <p>1. Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. 9 Mitglieder werden von der Hansestadt Rostock benannt und entsandt. Zwei Mitglieder werden als Vertreter oder Vertreterin von der Belegschaft der Volkstheater Rostock GmbH gemäß § 100 (3) Aktiengesetz benannt und entsandt.</p> <p>2. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Widerruf der Entsendung oder spätestens drei Monate nach den Kommunalwahlen in M-V. Eine wiederholte Entsendung ist zulässig.</p> <p>3. Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats niederlegen. Die Amtsniederlegung ohne Einhaltung dieser Frist ist zulässig, wenn wichtige Gründe dafür vorliegen oder der</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit</p> <p>1. Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. 9 Mitglieder werden von der Hansestadt Rostock benannt und entsandt. Zwei Mitglieder werden als Vertreter oder Vertreterin von der Belegschaft der Volkstheater Rostock GmbH gemäß § 100 (3) Aktiengesetz benannt und entsandt.</p> <p>2. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Widerruf der Entsendung oder spätestens drei Monate nach den Kommunalwahlen in M-V. Eine wiederholte Entsendung ist zulässig.</p> <p>3. Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats niederlegen. Die Amtsniederlegung ohne Einhaltung dieser Frist ist zulässig, wenn wichtige Gründe dafür vorliegen oder der</p>

	<p>Vorsitzende des Aufsichtsrats damit einverstanden ist.</p> <p>4. Für jedes entsandte Aufsichtsratsmitglied kann gleichzeitig mit Entsendung ein Ersatzmitglied gewählt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit wegfällt. Ein Ersatzmitglied kann auch für mehrere Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden. Das Amt des Ersatzmitgliedes erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des wegfallenden Aufsichtsratsmitglieds.</p>	<p>Vorsitzende des Aufsichtsrats damit einverstanden ist.</p> <p>4. Für jedes entsandte Aufsichtsratsmitglied kann gleichzeitig mit Entsendung ein Ersatzmitglied gewählt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit wegfällt. Ein Ersatzmitglied kann auch für mehrere Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden. Das Amt des Ersatzmitgliedes erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des wegfallenden Aufsichtsratsmitglieds.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 15 Konstituierung des Aufsichtsrates</p> <p>1. Nach Entsendung des Aufsichtsrates ist unverzüglich eine Aufsichtsratssitzung einzuberufen. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat für die Amtszeit des Aufsichtsrates eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine(n) oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende.</p> <p>2. Scheiden im Laufe der Amtszeit die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter aus ihrem Amt aus, hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl durchzuführen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Konstituierung des Aufsichtsrates</p> <p>1. Nach Entsendung des Aufsichtsrates ist unverzüglich eine Aufsichtsratssitzung einzuberufen. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat für die Amtszeit des Aufsichtsrates eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine(n) oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende.</p> <p>2. Scheiden im Laufe der Amtszeit die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter aus ihrem Amt aus, hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl durchzuführen.</p>

	<p style="text-align: center;">§ 16 Sitzungen des Aufsichtsrates, Beschlussfassung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Aufsichtsrat setzt seine eigene Geschäftsordnung fest. Für die Einberufung seiner Sitzungen, seine Beschlussfähigkeit und die Durchführung der Sitzungen gelten nachfolgende Bestimmungen. In der Geschäftsordnung können zusätzliche Regelungserfordernisse festgelegt werden. 2. Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende im Einzelfall nichts anderes bestimmt. Sie sind zur Teilnahme verpflichtet, wenn die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat eine Teilnahme verlangt. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat kann außerdem Berater oder Sachverständige hinzuziehen. 3. Aufsichtsratssitzungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. Die Sitzungen des Aufsichtsrats werden von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden (oder einen von ihnen) mit einer Frist von drei Wochen einberufen. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Mit der 	<p style="text-align: center;">§ 16 Sitzungen des Aufsichtsrates, Beschlussfassung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Aufsichtsrat setzt seine eigene Geschäftsordnung fest. Für die Einberufung seiner Sitzungen, seine Beschlussfähigkeit und die Durchführung der Sitzungen gelten nachfolgende Bestimmungen. In der Geschäftsordnung können zusätzliche Regelungserfordernisse festgelegt werden. 2. Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende im Einzelfall nichts anderes bestimmt. Sie sind zur Teilnahme verpflichtet, wenn die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat eine Teilnahme verlangt. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat kann außerdem Berater oder Sachverständige hinzuziehen. 3. Aufsichtsratssitzungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. Die Sitzungen des Aufsichtsrats werden von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden (oder einen von ihnen) mit einer Frist von drei Wochen einberufen. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Mit der
--	---	---

	<p>Einladung sind die einzelnen Tagesordnungspunkte anzugeben. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder, aus denen er sich zusammensetzt, an der Beschlussfassung teilnehmen.</p> <p>4. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht gesetzlich andere Mehrheiten zwingend vorgeschrieben sind. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende bestimmt den Sitzungsablauf. Ergibt eine Abstimmung Stimmengleichheit, gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden nicht den Ausschlag; der Aufsichtsratsvorsitzende entscheidet jedoch, ob in einem solchen Fall die Abstimmung wiederholt wird. Er ist berechtigt, die Sitzung um maximal eine Woche zu vertagen.</p> <p>5. Beschlüsse sollen nur zu solchen Tagesordnungspunkten gefasst werden, die rechtzeitig in der Einladung angekündigt wurden. Ist ein Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden, darf ein Beschluss über dieses Thema nur gefasst werden, wenn zwei Drittel aller Mitglieder zustimmen. Abwesenden Aufsichtsratsmitgliedern ist in einem solchen Fall Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist nachträglich zuzustimmen.</p>	<p>Einladung sind die einzelnen Tagesordnungspunkte anzugeben. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder, aus denen er sich zusammensetzt, an der Beschlussfassung teilnehmen.</p> <p>4. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht gesetzlich andere Mehrheiten zwingend vorgeschrieben sind. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende bestimmt den Sitzungsablauf. Ergibt eine Abstimmung Stimmengleichheit, gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden nicht den Ausschlag; der Aufsichtsratsvorsitzende entscheidet jedoch, ob in einem solchen Fall die Abstimmung wiederholt wird. Er ist berechtigt, die Sitzung um maximal eine Woche zu vertagen.</p> <p>5. Beschlüsse sollen nur zu solchen Tagesordnungspunkten gefasst werden, die rechtzeitig in der Einladung angekündigt wurden. Ist ein Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden, darf ein Beschluss über dieses Thema nur gefasst werden, wenn zwei Drittel aller Mitglieder zustimmen. Abwesenden Aufsichtsratsmitgliedern ist in einem solchen Fall Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist nachträglich zuzustimmen.</p>
--	--	--

	<p>6. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen.</p> <p>7. Die Aufsichtsratsvorsitzende oder der Aufsichtsratsvorsitzende kann einen Beschluss des Aufsichtsrats herbeiführen, indem sie/er schriftliche, telegraphische oder telefonische Erklärungen einholt, sofern kein anderes Mitglied innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist diesem Vorgehen widerspricht.</p> <p>8. Informationen, die dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben werden, sind allen Aufsichtsratsmitgliedern uneingeschränkt zugänglich.</p> <p>9. Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden namens des Aufsichtsrats von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter abgegeben.</p> <p>10. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterschreiben sind.</p>	<p>6. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen.</p> <p>7. Die Aufsichtsratsvorsitzende oder der Aufsichtsratsvorsitzende kann einen Beschluss des Aufsichtsrats herbeiführen, indem sie/er schriftliche, telegraphische oder telefonische Erklärungen einholt, sofern kein anderes Mitglied innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist diesem Vorgehen widerspricht.</p> <p>8. Informationen, die dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben werden, sind allen Aufsichtsratsmitgliedern uneingeschränkt zugänglich.</p> <p>9. Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden namens des Aufsichtsrats von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter abgegeben.</p> <p>10. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterschreiben sind.</p>
--	--	--

	<p>11. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Beteiligungscontrollings der Hansestadt Rostock soll an den Aufsichtsratssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen, sofern nicht der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende etwas anderes bestimmt. Der Oberbürgermeister oder sein Vertreter hat in den Aufsichtsratssitzungen ein uneingeschränktes Teilnahmerecht.</p> <p>12. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben den Public Corporate Governance Kodex umzusetzen.</p>	<p>11. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Beteiligungscontrollings der Hansestadt Rostock soll an den Aufsichtsratssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen, sofern nicht der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende etwas anderes bestimmt. Der Oberbürgermeister oder sein Vertreter hat in den Aufsichtsratssitzungen ein uneingeschränktes Teilnahmerecht.</p> <p>12. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben den Public Corporate Governance Kodex umzusetzen.</p>
<p>Wird auf Grund der in § 5 aus steuerlicher Sicht aufgenommen erweiterten Rücklagemöglichkeiten klarstellend aufgenommen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Zustimmungsbedürftige Geschäfte</p> <p>1. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung - die Beauftragung zur Prüfung des Jahresabschlusses an die Wirtschaftsprüferin oder den Wirtschaftsprüfer - die Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des 	<p style="text-align: center;">§ 17 Zustimmungsbedürftige Geschäfte</p> <p>1. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung - die Beauftragung zur Prüfung des Jahresabschlusses an die Wirtschaftsprüferin oder den Wirtschaftsprüfer - die Empfehlung zur Rücklagenbildung an die Gesellschafterversammlung - die Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des

	<p>Vorschlags der Geschäftsführung über die Verwendung des Jahresergebnisses</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Prüfung des Wirtschaftsplanes und die Fassung einer Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung - die Empfehlung zur Bestellung, Anstellung, Vertragsänderung und Abberufung von Geschäftsführern an die Gesellschafterversammlung - die Empfehlung zur Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen und/oder Prokuristen an die Gesellschafterversammlung - die ihm von der Gesellschafterversammlung übertragenen weiteren Aufgaben - die Etablierung von Zustimmungsvorbehalten analog § 111 IV AktG. <p>2. Der Aufsichtsrat beschließt über zustimmungspflichtige Geschäfte, insbesondere über:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung in Abstimmung mit der Gesellschafterversammlung - Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung zur Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen - Betriebsvereinbarungen und 	<p>Vorschlags der Geschäftsführung über die Verwendung des Jahresergebnisses</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Prüfung des Wirtschaftsplanes und die Fassung einer Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung - die Empfehlung zur Bestellung, Anstellung, Vertragsänderung und Abberufung von Geschäftsführern an die Gesellschafterversammlung - die Empfehlung zur Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen und/oder Prokuristen an die Gesellschafterversammlung - die ihm von der Gesellschafterversammlung übertragenen weiteren Aufgaben - die Etablierung von Zustimmungsvorbehalten analog § 111 IV AktG. <p>2. Der Aufsichtsrat beschließt über zustimmungspflichtige Geschäfte, insbesondere über:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung in Abstimmung mit der Gesellschafterversammlung - Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung zur Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen - Betriebsvereinbarungen und
--	--	--

	<p>außertarifliche Leistungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundzüge der Festsetzung der Eintrittspreise sowie die Abonnementbedingungen vor einer Theatersaison - der Abschluss von Vergleichen und der Verzicht auf Ansprüche ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze - die Aufnahme von Krediten sowie die Gewährung von Darlehen ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze, sofern diese außerhalb des jeweiligen beschlossenen Wirtschafts- und Investitionsplans liegen - den Abschluss von Leasing-, Miet- und Pachtverträgen an einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze. <p>3. Wenn zustimmungspflichtige Geschäfte keinen Aufschub dulden, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des Aufsichtsrates – oder im Verhinderungsfall ihrer/seiner Stellvertreterin oder ihres/seiner Stellvertreters – selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung mitzuteilen.</p>	<p>außertarifliche Leistungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Grundzüge der Festsetzung der Eintrittspreise sowie die Abonnementbedingungen vor einer Theatersaison - der Abschluss von Vergleichen und der Verzicht auf Ansprüche ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze - die Aufnahme von Krediten sowie die Gewährung von Darlehen ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze, sofern diese außerhalb des jeweiligen beschlossenen Wirtschafts- und Investitionsplans liegen - den Abschluss von Leasing-, Miet- und Pachtverträgen an einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze. <p>3. Wenn zustimmungspflichtige Geschäfte keinen Aufschub dulden, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des Aufsichtsrates – oder im Verhinderungsfall ihrer/seiner Stellvertreterin oder ihres/seiner Stellvertreters – selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung mitzuteilen.</p>
--	---	---

	<p style="text-align: center;">§ 18 Vergütung des Aufsichtsrates</p> <p>Die Tätigkeit des Aufsichtsrates ist ehrenamtlich; der Anspruch auf Zahlung einer Vergütung besteht nicht. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat jedoch Anspruch auf Erstattung seiner Aufwendungen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 18 Vergütung des Aufsichtsrates</p> <p>Die Tätigkeit des Aufsichtsrates ist ehrenamtlich; der Anspruch auf Zahlung einer Vergütung besteht nicht. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat jedoch Anspruch auf Erstattung seiner Aufwendungen.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 19 Haftung</p> <p>Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt § 93 Aktiengesetz entsprechend mit der Ergänzung, dass Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Gesellschaft dann nicht haften, wenn sie Weisungen der Gesellschafterinnen oder Gesellschafter folgen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Haftung</p> <p>Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt § 93 Aktiengesetz entsprechend mit der Ergänzung, dass Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Gesellschaft dann nicht haften, wenn sie Weisungen der Gesellschafterinnen oder Gesellschafter folgen.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 20 Ort</p> <p>Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20 Ort</p> <p>Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 21 Einberufung der Gesellschafterversammlung</p> <p>Die Gesellschafterversammlung wird mit eingeschriebenem Brief oder gegen</p>	<p style="text-align: center;">§ 21 Einberufung der Gesellschafterversammlung</p> <p>Die Gesellschafterversammlung wird mit eingeschriebenem Brief oder gegen</p>

	<p>Empfangsbekenntnis mindestens drei Wochen vor dem Versammlungstag durch die Geschäftsführung einberufen. In dieser Frist sind der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht eingeschlossen. Die Ladung kann durch einen Geschäftsführer bewirkt werden, auch wenn er nicht einzelvertretungsberechtigt ist. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind in der Ladung mitzuteilen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf eine Woche verkürzt werden, die Dringlichkeit ist in einem solchen Fall in der Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.</p>	<p>Empfangsbekenntnis mindestens drei Wochen vor dem Versammlungstag durch die Geschäftsführung einberufen. In dieser Frist sind der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht eingeschlossen. Die Ladung kann durch einen Geschäftsführer bewirkt werden, auch wenn er nicht einzelvertretungsberechtigt ist. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind in der Ladung mitzuteilen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf eine Woche verkürzt werden, die Dringlichkeit ist in einem solchen Fall in der Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 22 Leitung der Gesellschafterversammlung, zustimmungspflichtige Geschäfte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Leitung der Gesellschafterversammlung wird durch die Gesellschafterversammlung bestimmt. Sie benennt für jede Sitzung einen Schriftführer. 2. Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt ferner die Art und Form der Abstimmungen. 3. Der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung unterliegen Insbesondere folgende Angelegenheiten: 	<p style="text-align: center;">§ 22 Leitung der Gesellschafterversammlung, zustimmungspflichtige Geschäfte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Leitung der Gesellschafterversammlung wird durch die Gesellschafterversammlung bestimmt. Sie benennt für jede Sitzung einen Schriftführer. 2. Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt ferner die Art und Form der Abstimmungen. 3. Der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung unterliegen Insbesondere folgende Angelegenheiten:

	<ul style="list-style-type: none"> a) die Änderung des Gesellschaftsvertrages b) die Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren c) die Anforderungen und Rückzahlungen von Nachschüssen d) die Einforderung von Einzahlungen auf das Stammkapital e) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern f) Erlass einer Geschäftsweisung für die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat g) generelle Befreiung einer Geschäftsführerin oder eines Geschäftsführers von den Beschränkungen des § 181 BGB und Ermächtigung zur Einzelvertretung h) Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen oder Prokuristen i) Festlegung einer Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat j) Erteilung der Entlastung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung 	<ul style="list-style-type: none"> a) die Änderung des Gesellschaftsvertrages b) die Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren c) die Anforderungen und Rückzahlungen von Nachschüssen d) die Einforderung von Einzahlungen auf das Stammkapital e) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern f) Erlass einer Geschäftsweisung für die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat g) generelle Befreiung einer Geschäftsführerin oder eines Geschäftsführers von den Beschränkungen des § 181 BGB und Ermächtigung zur Einzelvertretung h) Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen oder Prokuristen i) Festlegung einer Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat j) Erteilung der Entlastung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung
--	---	---

<p>Wird auf Grund der in § 5 aus steuerlicher Sicht aufgenommen erweiterten Rücklagemöglichkeiten klarstellend aufgenommen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> k) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrats oder Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer l) Entscheidung über die Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen m) Entscheidungen über außergewöhnliche Geschäfte n) Feststellung des Jahresabschlusses und Entscheidung über die Verwendung des Jahresergebnisses o) Wahl der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers p) Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes q) Entscheidung über die Aufnahme von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans r) Entscheidungen über Planabweichungen. 	<ul style="list-style-type: none"> k) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrats oder Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer l) Entscheidung über die Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen m) Entscheidungen über außergewöhnliche Geschäfte n) Entscheidungen über Rücklagenbildung o) Feststellung des Jahresabschlusses und Entscheidung über die Verwendung des Jahresergebnisses p) Wahl der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers q) Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes r) Entscheidung über die Aufnahme von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans s) Entscheidungen über Planabweichungen
---	---	---

	<p style="text-align: center;">§ 23 Stimmrecht, Beschlussfassung</p>	<p style="text-align: center;">§ 23 Stimmrecht, Beschlussfassung</p>
	<p>1. Die Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften Abweichendes bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst.</p> <p>2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafterinnen und/oder Gesellschafter ordnungsgemäß geladen und mindestens 75 von Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Wird dieses Erfordernis nicht erreicht, so kann innerhalb einer Woche durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eine erneute Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenden Gesellschafter beschlussfähig, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.</p> <p>3. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der</p>	<p>1. Die Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften Abweichendes bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst.</p> <p>2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafterinnen und/oder Gesellschafter ordnungsgemäß geladen und mindestens 75 von Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Wird dieses Erfordernis nicht erreicht, so kann innerhalb einer Woche durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eine erneute Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenden Gesellschafter beschlussfähig, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.</p> <p>3. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der</p>

	<p>Gesellschafterversammlung in der in § 20 festgesetzten Form bekannt gegeben worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer oder des Aufsichtsrates. Zur Beschlussfassung über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung. Die vorherige Bekanntgabe ist in Eilfällen entbehrlich, wenn alle Gesellschaftervertreter mit der Behandlung einverstanden sind.</p>	<p>Gesellschafterversammlung in der in § 20 festgesetzten Form bekannt gegeben worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer oder des Aufsichtsrates. Zur Beschlussfassung über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung. Die vorherige Bekanntgabe ist in Eilfällen entbehrlich, wenn alle Gesellschaftervertreter mit der Behandlung einverstanden sind.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 24 Ordentliche Gesellschafterversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat innerhalb der ersten acht Monate jeden Geschäftsjahres stattzufinden. 2. Sie beschließt insbesondere über die Verwendung des Jahresergebnisses, die Entlastung der Mitglieder von Geschäftsführung und Aufsichtsrat, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und die Bestellung des Abschlussprüfers. 	<p style="text-align: center;">§ 24 Ordentliche Gesellschafterversammlung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat innerhalb der ersten acht Monate jeden Geschäftsjahres stattzufinden. 2. Sie beschließt insbesondere über die Verwendung des Jahresergebnisses, die Entlastung der Mitglieder von Geschäftsführung und Aufsichtsrat, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und die Bestellung des Abschlussprüfers.

	<p style="text-align: center;">§ 25 Außerordentliche Gesellschafterversammlung</p> <p>Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind unverzüglich einzuberufen, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Gesellschafterinnen oder Gesellschafter, die mindestens 10 % der Stimmrechte auf sich vereinigen, dies verlangen, b) es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Abschlussprüfer die Einberufung zur Besprechung des Prüfungsberichtes oder zur Erörterung der Lage der Gesellschaft für erforderlich hält, c) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist, d) die Bestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung widerrufen werden soll, e) eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter in einer von ihm unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung der Versammlung verlangt. 	<p style="text-align: center;">§ 25 Außerordentliche Gesellschafterversammlung</p> <p>Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind unverzüglich einzuberufen, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Gesellschafterinnen oder Gesellschafter, die mindestens 10 % der Stimmrechte auf sich vereinigen, dies verlangen, b) es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Abschlussprüfer die Einberufung zur Besprechung des Prüfungsberichtes oder zur Erörterung der Lage der Gesellschaft für erforderlich hält, c) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist, d) die Bestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung widerrufen werden soll, e) eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter in einer von ihm unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung der Versammlung verlangt.
--	--	--

	<p>§ 26 Wirtschaftsplan, Rechnungslegung, Jahresabschluss</p>	<p>§ 26 Wirtschaftsplan, Rechnungslegung, Jahresabschluss</p>
	<p>1. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.</p> <p>2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben jährlich einen Wirtschaftsplan in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzustellen und der Hansestadt Rostock zur Kenntnis zu geben. Dabei hat sich das Unternehmen an den Terminstellungen der Hansestadt Rostock zu orientieren. Für die Notwendigkeit einer Nachtragswirtschaftsplanung gelten die Vorschriften der KV M-V entsprechend.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind regelmäßig, mindestens halbjährlich durch die Geschäftsführung über die Einhaltung des Wirtschaftsplanes zu informieren.</p> <p>4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben in Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches für große</p>	<p>1. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.</p> <p>2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben jährlich einen Wirtschaftsplan in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzustellen und der Hansestadt Rostock zur Kenntnis zu geben. Dabei hat sich das Unternehmen an den Terminstellungen der Hansestadt Rostock zu orientieren. Für die Notwendigkeit einer Nachtragswirtschaftsplanung gelten die Vorschriften der KV M-V entsprechend.</p> <p>3. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind regelmäßig, mindestens halbjährlich durch die Geschäftsführung über die Einhaltung des Wirtschaftsplanes zu informieren.</p> <p>4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben in Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches für große</p>

	<p>Kapitalgesellschaften innerhalb der gesetzlichen Fristen und der gesetzlichen Bestimmungen einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und einen Lagebericht aufzustellen.</p> <p>5. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach dem Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Beizufügen ist der Vorschlag, den die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der Gesellschafterversammlung für die Verwendung des Ergebnisses in Abstimmung mit der Hansestadt Rostock machen wollen.</p> <p>6. § 286 Abs. 4 und 288 des Handelsgesetzbuches finden im Hinblick auf die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b des Handelsgesetzbuches keine Anwendung.</p>	<p>Kapitalgesellschaften innerhalb der gesetzlichen Fristen und der gesetzlichen Bestimmungen einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und einen Lagebericht aufzustellen.</p> <p>5. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach dem Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Beizufügen ist der Vorschlag, den die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der Gesellschafterversammlung für die Verwendung des Ergebnisses in Abstimmung mit der Hansestadt Rostock machen wollen.</p> <p>6. § 286 Abs. 4 und 288 des Handelsgesetzbuches finden im Hinblick auf die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b des Handelsgesetzbuches keine Anwendung.</p>
	<p>§ 27 Beziehungen zur Hansestadt Rostock</p> <p>1. Die Gesellschaft darf sich im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes an anderen Unternehmen nur mit Zustimmung der Hansestadt Rostock beteiligen. Der Zustimmung bedarf auch die Erhöhung einer solchen Beteiligung, deren vollständige oder teilweise Veräußerung sowie – die Beteiligung betreffend – ein Beschluss von</p>	<p>§ 27 Beziehungen zur Hansestadt Rostock</p> <p>1. Die Gesellschaft darf sich im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes an anderen Unternehmen nur mit Zustimmung der Hansestadt Rostock beteiligen. Der Zustimmung bedarf auch die Erhöhung einer solchen Beteiligung, deren vollständige oder teilweise Veräußerung sowie – die Beteiligung betreffend – ein Beschluss von</p>

	<p>vergleichbarer Bedeutung (z.B. Kapitalerhöhung/-herabsetzung; Änderung Unternehmensgegenstand; Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Beherrschungsverträgen).</p> <p>2. Sind Aufsichtsratsmitglieder auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses entsendet worden, so sind diese Mitglieder an die Weisungen und Richtlinien der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.</p> <p>3. Die von der Hansestadt Rostock entsandten Aufsichtsratsmitglieder sind von einer ihnen obliegenden Pflicht zur Verschwiegenheit entbunden, soweit diese der ordnungsgemäßen Wahrung einer gegenüber dem entsendenden Gesellschafter bestehenden Unterrichtungspflicht oder Weisungsgebundenheit entgegenstehen würde.</p>	<p>vergleichbarer Bedeutung (z.B. Kapitalerhöhung/-herabsetzung; Änderung Unternehmensgegenstand; Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Beherrschungsverträgen).</p> <p>2. Sind Aufsichtsratsmitglieder auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses entsendet worden, so sind diese Mitglieder an die Weisungen und Richtlinien der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.</p> <p>3. Die von der Hansestadt Rostock entsandten Aufsichtsratsmitglieder sind von einer ihnen obliegenden Pflicht zur Verschwiegenheit entbunden, soweit diese der ordnungsgemäßen Wahrung einer gegenüber dem entsendenden Gesellschafter bestehenden Unterrichtungspflicht oder Weisungsgebundenheit entgegenstehen würde.</p>
	<p>§ 28 Offenlegung/Veröffentlichung /Bekanntmachung</p> <p>1. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger und im amtlichen Veröffentlichungsorgan der Hansestadt Rostock veröffentlicht.</p> <p>2. Für die Offenlegung und die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in der</p>	<p>§ 28 Offenlegung/Veröffentlichung /Bekanntmachung</p> <p>1. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger und im amtlichen Veröffentlichungsorgan der Hansestadt Rostock veröffentlicht.</p> <p>2. Für die Offenlegung und die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in der</p>

	vorgeschriebenen Form und der sonstigen Unterlagen sind die Vorschriften der §§ 325 bis 328 des Handelsgesetzbuches anzuwenden.	vorgeschriebenen Form und der sonstigen Unterlagen sind die Vorschriften der §§ 325 bis 328 des Handelsgesetzbuches anzuwenden.
	<p style="text-align: center;">§ 29 Prüfung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft unterliegt der gesetzlichen Abschlussprüfung. Die Prüfung erstreckt sich auch auf den Jahresabschluss und den Lagebericht. 2. Die Prüfung bestimmt sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften (z. B. GmbH, HGB, KPG) und hat die Gegenstände des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu umfassen. 3. Die Organe der Gesellschaft können auch außerordentliche Prüfungen durchführen lassen. 4. Der Hansestadt Rostock werden die Befugnisse nach § 53 und § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz und der überörtlichen Prüfungsbehörde nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz eingeräumt. Unabhängig von der Prüfung nach Abs. 1 und 3 kann das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Rostock, die Wirtschaftsführung der Gesellschaft gemäß der von der Stadtverwaltung erlassenen Rechnungsprüfungsordnung prüfen. 	<p style="text-align: center;">§ 29 Prüfung der Gesellschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft unterliegt der gesetzlichen Abschlussprüfung. Die Prüfung erstreckt sich auch auf den Jahresabschluss und den Lagebericht. 2. Die Prüfung bestimmt sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften (z. B. GmbH, HGB, KPG) und hat die Gegenstände des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu umfassen. 3. Die Organe der Gesellschaft können auch außerordentliche Prüfungen durchführen lassen. 4. Der Hansestadt Rostock werden die Befugnisse nach § 53 und § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz und der überörtlichen Prüfungsbehörde nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz eingeräumt. Unabhängig von der Prüfung nach Abs. 1 und 3 kann das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Rostock, die Wirtschaftsführung der Gesellschaft gemäß der von der Stadtverwaltung erlassenen Rechnungsprüfungsordnung prüfen.

	<p style="text-align: center;">§ 30 Kosten, Steuer</p> <p>Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten, insbesondere Beratungs-, Notar-, Gerichts- und Veröffentlichungskosten sowie etwaige Steuern.</p>	<p style="text-align: center;">§ 30 Kosten, Steuer</p> <p>Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten, insbesondere Beratungs-, Notar-, Gerichts- und Veröffentlichungskosten sowie etwaige Steuern.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 31 Schlussbestimmungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soweit in diesem Gesellschaftervertrag auf Rechtsvorschriften Bezug genommen oder auf sie verwiesen wird, sind diese in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. 2. Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform. 3. Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, gelten die Regelungen des GmbH-Gesetzes und die ergänzenden kommunalrechtlichen Bestimmungen. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftige in ihm aufgenommen sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen 	<p style="text-align: center;">§ 31 Schlussbestimmungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soweit in diesem Gesellschaftervertrag auf Rechtsvorschriften Bezug genommen oder auf sie verwiesen wird, sind diese in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden. 2. Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform. 3. Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, gelten die Regelungen des GmbH-Gesetzes und die ergänzenden kommunalrechtlichen Bestimmungen. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftige in ihm aufgenommen sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen

	Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinne und Zweck dieses Vertrages entspricht, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.	Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinne und Zweck dieses Vertrages entspricht, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.
--	---	---

**Gesellschaftsvertrages der Volkstheater Rostock GmbH laut
Bürgerschaftsbeschluss- Nr. 2015/BV/0719 mit den eingefügten steuerlichen
Änderungsvorschlägen**

**§ 1
Firma und Sitz der Gesellschaft**

Die Gesellschaft führt die Firma

Volkstheater Rostock GmbH.

Sitz der Gesellschaft ist Rostock.

§ 2 Gegenstand der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft dient der Förderung von Kunst und Kultur im Sinne des Artikels 16 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.
2. Gesellschaftszweck ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters sowie die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen im Musik-, Tanz- und Sprechtheater sowie die Darbietung von Konzerten. Es soll durch künstlerisch wertvolle Theatervorstellungen und Konzerte volksbildend wirken und das Verständnis breiter Bevölkerungsschichten für die Theater- und Musikkultur wecken und vertiefen.
3. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet sind den öffentlichen Zweck des Unternehmens unmittelbar zu fördern, insbesondere der Zusammenarbeit mit vergleichbaren Unternehmen und Einrichtungen im Rahmen des Unternehmensgegenstandes dienen.

**§ 3
Stammkapital und Stammeinlagen**

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

25.000,00 €
(in Worten fünfundzwanzigtausend Euro).

2. Die Hansestadt Rostock übernimmt eine Stammeinlage in Höhe von 25.000,00 €. Die Stammeinlagen sind in Geld zu erbringen und sofort in voller Höhe einzuzahlen.
3. Es ist beabsichtigt, weitere Gesellschafterinnen oder Gesellschafter in die Gesellschaft aufzunehmen. Über die Aufnahme weiterer Gesellschafterinnen oder Gesellschafter entscheidet die Gesellschafterversammlung.
4. Mehrere Gesellschaftsanteile einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters können, sobald sie voll eingezahlt sind und eine Nachschusspflicht nicht besteht, mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss zu einem Geschäftsanteil zusammengelegt werden.

§ 4 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Dauer der Gesellschaft ist unbestimmt.
2. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr ab dem Jahr 2012. Für die Zeit vom 01.08.2011 bis 31.12.2011 wird ein Rumpfgeschäftsjahr gebildet.

§ 5 Selbstlosigkeit, Begünstigungsverbot

1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Der Gesellschafter erhält keine Gewinnanteile – weder in offener noch in verdeckter Form – und in seiner Eigenschaft als Gesellschafter auch keine anderen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.
3. Bei seinem Ausscheiden **oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerlicher Zwecke** erhält die Gesellschafterin oder der Gesellschafter nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile **und** den gemeinen Wert der von ihm geleisteten Sacheinlagen zurück.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Gesellschaftszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Die Gesellschaft darf ihre Mittel ganz oder teilweise einer Rücklage zuführen, soweit dies erforderlich ist, um ihre steuerbegünstigten, **satzungsmäßigen** Zwecke **nachhaltig** zu erfüllen (**§ 62 Abs. 1 Nr. 1 AO**).
6. **Die Gesellschaft darf ihre Mittel im Rahmen der gesetzlich zulässigen Höhe einer Rücklage für die beabsichtigte Wiederbeschaffung von Wirtschaftsgütern zuführen (§ 62 Abs. 1 Nr. 2 AO).**
7. **Die Gesellschaft darf ihre Mittel im Rahmen der gesetzlich zulässigen Höhe einer freien Rücklage zuführen (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO).**
8. Soweit die Gesellschaft an Kapitalgesellschaften beteiligt ist, kann sie **gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 4 AO ihre Mittel einer Rücklage zum Erwerb von Gesellschaftsrechten zur Erhaltung der prozentualen Beteiligung an Kapitalgesellschaften zuführen, wobei die Höhe dieser Rücklage die Höhe der Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO mindert.**

§ 6 Übertragung von Geschäftsanteilen, Kündigung des Gesellschaftervertrages und Auflösung der Gesellschaft

1. Dieser Gesellschaftervertrag kann von jeder Gesellschafterin oder jedem Gesellschafter mit einer Frist von 24 Monaten jeweils zum 31. Juli des Kalenderjahres, frühestens jedoch zum 31. Juli 2012, gekündigt werden. Die Kündigung hat sowohl gegenüber der

Gesellschaft als auch den anderen Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern gegenüber durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen.

2. Kündigt eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter, so ist sie/er verpflichtet, ihren/seinen Geschäftsanteil auf eine(n) oder mehrere der verbleibenden Gesellschafterinnen oder Gesellschafter oder auf eine(n) von diesen benannten Dritten zu übertragen. Das Abtretungsentgelt beschränkt sich auf die Rückerstattung des eingezahlten Kapitalanteils.
3. Die Verfügung über Geschäftsanteile oder Verpfändung von Geschäftsanteilen oder von Teilen von solchen bedarf der schriftlichen Einwilligung durch die Gesellschafterversammlung.
4. Im Falle der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht zu.
5. Für die Auflösung und die Abwicklung der Geschäfte der Gesellschaft gelten die gesetzlichen Bestimmungen und die Regelungen dieses Vertrages.

§ 7

Vermögensbindung/Vermögensanfall

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft, soweit es die von der Gesellschafterin oder dem Gesellschafter eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der von ihnen geleisteten Sacheinlage übersteigt, an die Hansestadt Rostock, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 8

Liquidation

1. Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt auf der Grundlage eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung und wird von der Geschäftsführung durchgeführt. Auf Beschluss der Gesellschaftsversammlung kann die Liquidation auch auf andere Personen übertragen werden.
2. Durch Gesellschafterbeschluss kann allen oder einzelnen Liquidatorinnen oder Liquidatoren Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden. Durch Gesellschafterbeschluss können alle oder einzelne Liquidatorinnen oder Liquidatoren von den Beschränkungen des § 181 BGB ganz oder teilweise befreit werden.

§ 9

Finanzierung der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft erhält von den Gesellschafterinnen oder den Gesellschaftern einen jährlich festzulegenden Zuschuss als Verlustausgleich. Darüber hinaus leitet die Hansestadt Rostock Mittel, die ihr das Land für Theaterbetriebe zur Verfügung stellt (z. B. im Wege des Vorwegabzugs nach § 10c FAG), an die Gesellschaft weiter.
2. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter besteht nicht.

§ 10 Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind:

- a) Die Geschäftsführerin oder die Geschäftsführerinnen; der oder die Geschäftsführer (Geschäftsführung)
- b) der Aufsichtsrat
- c) die Gesellschafterversammlung.

§ 11 Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer.
2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden von der Gesellschafterversammlung bestellt, wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann jederzeit, unbeschadet etwaiger Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen, von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.
3. Hauptamtliche Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer werden auf die Dauer der Bestellung (Abs. 2) angestellt. Für die Festsetzung der Bezüge und die Gewährung von Krediten finden die §§ 87 und 89 Aktiengesetz Anwendung.

§ 12 Aufgaben der Geschäftsführung

1. Die Geschäftsführung ist in besonderer Weise dem Gesellschaftszweck verpflichtet.
2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer führen die Geschäfte der Gesellschaft selbstverantwortlich nach Gesetz, Gesellschaftervertrag und Geschäftsordnung.
3. Den Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern gegenüber vertritt die Gesellschafterversammlung die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich.
4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer nehmen grundsätzlich an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil und berichten über die Angelegenheiten der Gesellschaft, es sei denn, der Aufsichtsrat beschließt im Einzelfall ihre Nichtteilnahme. Hinsichtlich der Berichtspflichten der Geschäftsführung finden die Vorschriften des § 90 Aktiengesetz Anwendung.
5. Den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern ist vierteljährlich über die Entwicklung des Unternehmens schriftlich durch die Geschäftsführung zu berichten. Ihnen sind auf Anforderung alle Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung der sich aus den gesetzlichen Bestimmungen ergebenden Verpflichtungen benötigen. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung die Gesellschafterinnen oder Gesellschafter aus sonstigen wichtigen Anlässen rechtzeitig zu informieren. Geschäftsführerinnen oder

Geschäftsführer, die ihre Obliegenheiten verletzen, sind der Gesellschaft zum Ersatz des daraus entstandenen Schadens als Gesamtschuldner verpflichtet.

6. Die Geschäftsführung hat den Mitgliedern des Aufsichtsrates auf Verlangen jederzeit Auskunft zu erteilen sowie Einsicht in die Unterlagen der Gesellschaft zu gewähren. Die verlangte Auskunft erhalten alle Mitglieder des Aufsichtsrates.
7. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Public Corporate Governance Kodex für die Hansestadt Rostock umzusetzen.

§ 13 Vertretung

1. Ist nur eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer bestellt, vertritt diese(r) die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei oder durch eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einer Prokuristin oder einem Prokuristen vertreten.
2. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann jedoch allen, mehreren oder einzelnen Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.

§ 14 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit

1. Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. 9 Mitglieder werden von der Hansestadt Rostock benannt und entsandt. Zwei Mitglieder werden als Vertreter oder Vertreterin von der Belegschaft der Volkstheater Rostock GmbH gemäß § 100 (3) Aktiengesetz benannt und entsandt.
2. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Widerruf der Entsendung oder spätestens drei Monate nach den Kommunalwahlen in M-V. Eine wiederholte Entsendung ist zulässig.
3. Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat durch schriftliche Erklärung an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats niederlegen. Die Amtsniederlegung ohne Einhaltung dieser Frist ist zulässig, wenn wichtige Gründe dafür vorliegen oder der Vorsitzende des Aufsichtsrats damit einverstanden ist.
4. Für jedes entsandte Aufsichtsratsmitglied kann gleichzeitig mit Entsendung ein Ersatzmitglied gewählt werden, das Mitglied des Aufsichtsrats wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit wegfällt. Ein Ersatzmitglied kann auch für mehrere Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden. Das Amt des Ersatzmitgliedes erlischt spätestens mit Ablauf der Amtszeit des wegfallenden Aufsichtsratsmitglieds.

§ 15 Konstituierung des Aufsichtsrates

1. Nach Entsendung des Aufsichtsrates ist unverzüglich eine Aufsichtsratssitzung einzuberufen. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat für die Amtszeit des Aufsichtsrates eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine(n) oder mehrere stellvertretende(n) Vorsitzende.

2. Scheiden im Laufe der Amtszeit die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter aus ihrem Amt aus, hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl durchzuführen.

§ 16

Sitzungen des Aufsichtsrates, Beschlussfassung

1. Der Aufsichtsrat setzt seine eigene Geschäftsordnung fest. Für die Einberufung seiner Sitzungen, seine Beschlussfähigkeit und die Durchführung der Sitzungen gelten nachfolgende Bestimmungen. In der Geschäftsordnung können zusätzliche Regelungserfordernisse festgelegt werden.
2. Die Mitglieder der Geschäftsführung nehmen an den Sitzungen des Aufsichtsrates teil, sofern der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende im Einzelfall nichts anderes bestimmt. Sie sind zur Teilnahme verpflichtet, wenn die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat eine Teilnahme verlangt. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende oder der Aufsichtsrat kann außerdem Berater oder Sachverständige hinzuziehen.
3. Aufsichtsratssitzungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. Die Sitzungen des Aufsichtsrats werden von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende oder den stellvertretenden Vorsitzenden (oder einen von ihnen) mit einer Frist von drei Wochen einberufen. In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist abgekürzt werden. Mit der Einladung sind die einzelnen Tagesordnungspunkte anzugeben. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder, aus denen er sich zusammensetzt, an der Beschlussfassung teilnehmen.
4. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht gesetzlich andere Mehrheiten zwingend vorgeschrieben sind. Die Vorsitzende oder der Vorsitzende bestimmt den Sitzungsablauf. Ergibt eine Abstimmung Stimmengleichheit, gibt die Stimme der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden nicht den Ausschlag; der Aufsichtsratsvorsitzende entscheidet jedoch, ob in einem solchen Fall die Abstimmung wiederholt wird. Er ist berechtigt, die Sitzung um maximal eine Woche zu vertagen.
5. Beschlüsse sollen nur zu solchen Tagesordnungspunkten gefasst werden, die rechtzeitig in der Einladung angekündigt wurden. Ist ein Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden, darf ein Beschluss über dieses Thema nur gefasst werden, wenn zwei Drittel aller Mitglieder zustimmen. Abwesenden Aufsichtsratsmitgliedern ist in einem solchen Fall Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist nachträglich zuzustimmen.
6. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder überreichen lassen.
7. Die Aufsichtsratsvorsitzende oder der Aufsichtsratsvorsitzende kann einen Beschluss des Aufsichtsrats herbeiführen, indem sie/er schriftliche, telegraphische oder telefonische Erklärungen einholt, sofern kein anderes Mitglied innerhalb einer angemessenen, von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden festzusetzenden Frist diesem Vorgehen widerspricht.

8. Informationen, die dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben werden, sind allen Aufsichtsratsmitgliedern uneingeschränkt zugänglich.
9. Willenserklärungen des Aufsichtsrats werden namens des Aufsichtsrats von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder im Falle ihrer/seiner Verhinderung von der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter abgegeben.
10. Über die Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen, die von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden und von der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterschreiben sind.
11. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Beteiligungscontrollings der Hansestadt Rostock soll an den Aufsichtsratssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen, sofern nicht der Aufsichtsrat oder die Vorsitzende oder der Vorsitzende etwas anderes bestimmt. Der Oberbürgermeister oder sein Vertreter hat in den Aufsichtsratssitzungen ein uneingeschränktes Teilnahmerecht.
12. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben den Public Corporate Governance Kodex umzusetzen.

§ 17

Zustimmungsbedürftige Geschäfte

1. Zu den Aufgaben des Aufsichtsrates gehören:
 - die Beratung und Überwachung der Geschäftsführung,
 - die Beauftragung zur Prüfung des Jahresabschlusses an die Wirtschaftsprüferin oder den Wirtschaftsprüfer,
 - **die Empfehlung zur Rücklagenbildung an die Gesellschafterversammlung,**
 - die Prüfung des Jahresabschlusses, des Lageberichts sowie des Vorschlags der Geschäftsführung über die Verwendung des Jahresergebnisses,
 - die Prüfung des Wirtschaftsplanes und die Fassung einer Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung,
 - die Empfehlung zur Bestellung, Anstellung, Vertragsänderung und Abberufung von Geschäftsführern an die Gesellschafterversammlung,
 - die Empfehlung zur Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen und/oder Prokuristen an die Gesellschafterversammlung,
 - die ihm von der Gesellschafterversammlung übertragenen weiteren Aufgaben,
 - die Etablierung von Zustimmungsvorbehalten analog § 111 IV AktG.
2. Der Aufsichtsrat beschließt über zustimmungspflichtige Geschäfte, insbesondere über:
 - die Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung in Abstimmung mit der Gesellschafterversammlung
 - Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung zur Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen
 - Betriebsvereinbarungen und außertarifliche Leistungen
 - die Grundzüge der Festsetzung der Eintrittspreise sowie die Abonnementbedingungen vor einer Theatersaison
 - der Abschluss von Vergleichen und der Verzicht auf Ansprüche ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze
 - die Aufnahme von Krediten sowie die Gewährung von Darlehen ab einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze, sofern diese außerhalb des jeweiligen beschlossenen Wirtschafts- und Investitionsplans liegen

- den Abschluss von Leasing-, Miet- und Pachtverträgen an einer vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Wertgrenze.
3. Wenn zustimmungspflichtige Geschäfte keinen Aufschub dulden, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden des Aufsichtsrates – oder im Verhinderungsfall ihrer/seiner Stellvertreterin oder ihres/seiner Stellvertreters – selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung sind dem Aufsichtsrat in der nächsten Sitzung mitzuteilen.

§ 18

Vergütung des Aufsichtsrates

Die Tätigkeit des Aufsichtsrates ist ehrenamtlich; der Anspruch auf Zahlung einer Vergütung besteht nicht. Jedes Aufsichtsratsmitglied hat jedoch Anspruch auf Erstattung seiner Aufwendungen.

§ 19

Haftung

Für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Aufsichtsratsmitglieder gilt § 93 Aktiengesetz entsprechend mit der Ergänzung, dass Aufsichtsratsmitglieder gegenüber der Gesellschaft dann nicht haften, wenn sie Weisungen der Gesellschafterinnen oder Gesellschafter folgen.

§ 20

Ort

Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt.

§ 21

Einberufung der Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung wird mit eingeschriebenem Brief oder gegen Empfangsbekenntnis mindestens drei Wochen vor dem Versammlungstag durch die Geschäftsführung einberufen. In dieser Frist sind der Tag der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht eingeschlossen. Die Ladung kann durch einen Geschäftsführer bewirkt werden, auch wenn er nicht einzelvertretungsberechtigt ist. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind in der Ladung mitzuteilen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf eine Woche verkürzt werden, die Dringlichkeit ist in einem solchen Fall in der Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.

§ 22

Leitung der Gesellschafterversammlung, zustimmungspflichtige Geschäfte

1. Die Leitung der Gesellschafterversammlung wird durch die Gesellschafterversammlung bestimmt. Sie benennt für jede Sitzung einen Schriftführer.
2. Der Versammlungsleiter kann eine von der Ankündigung der Tagesordnung abweichende Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände bestimmen. Er bestimmt ferner die Art und Form der Abstimmungen.

3. Der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung unterliegen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- a) die Änderung des Gesellschaftsvertrages
- b) die Auflösung der Gesellschaft und die Wahl der Liquidatoren
- c) die Anforderungen und Rückzahlungen von Nachschüssen
- d) die Einforderung von Einzahlungen auf das Stammkapital
- e) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern
- f) Erlass einer Geschäftsweisung für die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat
- g) generelle Befreiung einer Geschäftsführerin oder eines Geschäftsführers von den Beschränkungen des § 181 BGB und Ermächtigung zur Einzelvertretung
- h) Bestellung und Abberufung von Prokuristinnen oder Prokuristen
- i) Festlegung einer Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat
- j) Erteilung der Entlastung für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung
- k) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrats oder Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer
- l) Entscheidung über die Gründung, den Erwerb sowie Veräußerung von Unternehmen, Beteiligungen sowie Betriebsteilen
- m) Entscheidungen über außergewöhnliche Geschäfte
- n) Entscheidungen über Rücklagenbildung**
- o) Feststellung des Jahresabschlusses und Entscheidung über die Verwendung des Jahresergebnisses
- p) Wahl der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers
- q) Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes
- r) Entscheidung über die Aufnahme von Darlehen außerhalb des Wirtschaftsplans
- s) Entscheidungen über Planabweichungen

§ 23 **Stimmrecht, Beschlussfassung**

1. Die Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften Abweichendes bestimmen, mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des anwesenden Kapitals gefasst.

2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafterinnen und/oder Gesellschafter ordnungsgemäß geladen und mindestens 75 von Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Wird dieses Erfordernis nicht erreicht, so kann innerhalb einer Woche durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von mindestens zwei Wochen eine erneute Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenden Gesellschafter beschlussfähig, hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
3. Beschlüsse können nur über Gegenstände der Tagesordnung gefasst werden. Nachträglich können Anträge auf Beschlussfassung, soweit sie zur Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung gehören, aufgenommen werden, wenn sie spätestens drei Tage vor der Gesellschafterversammlung in der in § 20 festgesetzten Form bekannt gegeben worden sind. Dasselbe gilt für Anträge der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer oder des Aufsichtsrates. Zur Beschlussfassung über den in der Versammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung bedarf es keiner Ankündigung. Die vorherige Bekanntgabe ist in Eilfällen entbehrlich, wenn alle Gesellschaftervertreter mit der Behandlung einverstanden sind.

§ 24

Ordentliche Gesellschafterversammlung

1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat innerhalb der ersten acht Monate jeden Geschäftsjahres stattzufinden.
2. Sie beschließt insbesondere über die Verwendung des Jahresergebnisses, die Entlastung der Mitglieder von Geschäftsführung und Aufsichtsrat, die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und die Bestellung des Abschlussprüfers.

§ 25

Außerordentliche Gesellschafterversammlung

Außerordentliche Gesellschafterversammlungen sind unverzüglich einzuberufen, wenn:

- a) Gesellschafterinnen oder Gesellschafter, die mindestens 10 % der Stimmrechte auf sich vereinigen, dies verlangen,
- b) es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Abschlussprüfer die Einberufung zur Besprechung des Prüfungsberichtes oder zur Erörterung der Lage der Gesellschaft für erforderlich hält,
- c) sich aus der Jahresbilanz oder aus einer im Laufe des Geschäftsjahres aufgestellten Bilanz ergibt, dass die Hälfte des Stammkapitals verloren ist,
- d) die Bestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung widerrufen werden soll,
- e) eine Gesellschafterin oder ein Gesellschafter in einer von ihm unterschriebenen Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung der Versammlung verlangt.

§ 26

Wirtschaftsplan, Rechnungslegung, Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben dafür zu sorgen, dass das Rechnungswesen und die Betriebsorganisation die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft gewährleisten.
2. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben jährlich einen Wirtschaftsplan in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzustellen und der Hansestadt Rostock zur Kenntnis zu geben. Dabei hat sich das Unternehmen an den Terminstellungen der Hansestadt Rostock zu orientieren. Für die Notwendigkeit einer Nachtragswirtschaftsplanung gelten die Vorschriften der KV M-V entsprechend.
3. Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind regelmäßig, mindestens halbjährlich durch die Geschäftsführung über die Einhaltung des Wirtschaftsplanes zu informieren.
4. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben in Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften innerhalb der gesetzlichen Fristen und der gesetzlichen Bestimmungen einen Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und einen Lagebericht aufzustellen.
5. Die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer haben den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach dem Eingang des Prüfungsberichtes dem Aufsichtsrat vorzulegen. Beizufügen ist der Vorschlag, den die Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der Gesellschafterversammlung für die Verwendung des Ergebnisses in Abstimmung mit der Hansestadt Rostock machen wollen.
6. § 286 Abs. 4 und 288 des Handelsgesetzbuches finden im Hinblick auf die Angaben nach § 285 Nr. 9 Buchstabe a und b des Handelsgesetzbuches keine Anwendung.

§ 27

Beziehungen zur Hansestadt Rostock

1. Die Gesellschaft darf sich im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes an anderen Unternehmen nur mit Zustimmung der Hansestadt Rostock beteiligen. Der Zustimmung bedarf auch die Erhöhung einer solchen Beteiligung, deren vollständige oder teilweise Veräußerung sowie – die Beteiligung betreffend – ein Beschluss von vergleichbarer Bedeutung (z.B. Kapitalerhöhung/-herabsetzung; Änderung Unternehmensgegenstand; Abschluss, Änderung oder Aufhebung von Beherrschungsverträgen).
2. Sind Aufsichtsratsmitglieder auf Basis eines Bürgerschaftsbeschlusses entsendet worden, so sind diese Mitglieder an die Weisungen und Richtlinien der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock gebunden, sofern dem gesetzlich nichts entgegensteht.
3. Die von der Hansestadt Rostock entsandten Aufsichtsratsmitglieder sind von einer ihnen obliegenden Pflicht zur Verschwiegenheit entbunden, soweit diese der ordnungsgemäßen Wahrung einer gegenüber dem entsendenden Gesellschafter bestehenden Unterrichtungspflicht oder Weisungsgebundenheit entgegenstehen würde.

§ 28

Offenlegung/Veröffentlichung/Bekanntmachung

1. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger und im amtlichen Veröffentlichungsorgan der Hansestadt Rostock veröffentlicht.
2. Für die Offenlegung und die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in der vorgeschriebenen Form und der sonstigen Unterlagen sind die Vorschriften der §§ 325 bis 328 des Handelsgesetzbuches anzuwenden.

§ 29

Prüfung der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft unterliegt der gesetzlichen Abschlussprüfung. Die Prüfung erstreckt sich auch auf den Jahresabschluss und den Lagebericht.
2. Die Prüfung bestimmt sich nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften (z. B. GmbH, HGB, KPG) und hat die Gegenstände des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu umfassen.
3. Die Organe der Gesellschaft können auch außerordentliche Prüfungen durchführen lassen.
4. Der Hansestadt Rostock werden die Befugnisse nach § 53 und § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz und der überörtlichen Prüfungsbehörde nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz eingeräumt. Unabhängig von der Prüfung nach Abs. 1 und 3 kann das Rechnungsprüfungsamt der Hansestadt Rostock, die Wirtschaftsführung der Gesellschaft gemäß der von der Stadtverwaltung erlassenen Rechnungsprüfungsordnung prüfen.

§ 30

Kosten, Steuer

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten, insbesondere Beratungs-, Notar-, Gerichts- und Veröffentlichungskosten sowie etwaige Steuern.

§ 31

Schlussbestimmungen

1. Soweit in diesem Gesellschaftervertrag auf Rechtsvorschriften Bezug genommen oder auf sie verwiesen wird, sind diese in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden.
2. Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen der Gesellschaft und den Gesellschafterinnen oder Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.
3. Soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist, gelten die Regelungen des GmbH-Gesetzes und die ergänzenden kommunalrechtlichen Bestimmungen. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages oder eine künftige in ihm aufgenommen sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das

gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthält. Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinne und Zweck dieses Vertrages entspricht, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.